

Mayors for Peace	2
<i>Eine Debatte in der BVV</i>	
Das Gedenken pflegen	4
<i>Erinnerung an Lidice</i>	
Jetzt reden wir!	6
<i>... die ehemaligen Heimkinder</i>	

Reinickendorf von links

Glückwünsche zur hundertsten Ausgabe

„WiR“ die Hundertste – und damit Zeit endlich Danke zu sagen!

Doch geht der Dank verschiedene Wege. Der Weg führt über die Autoren, die uns mit ihren lesenswerten Texten informiert, angeregt und amüsiert haben. Über die Fotografen, die mit ihren Bildern manchmal mehr aussagen als es Worte zu tun vermögen. Über die Zeichner, die uns nicht wenige Male schmunzeln ließen, bis hin zu den Redakteuren, ohne die all das nicht möglich gewesen wäre. „WiR“ ist eben ein Gemeinschaftsprojekt, und das soll es auch bleiben.

Auf weitere hundert Ausgaben!

Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender

Glückwunsch und Grußwort eines Sozialdemokraten in der „Wir in Reinickendorf“ - sicher kein alltäglicher Vorgang. Aber Zeichen einer guten Zusammenarbeit in der Sache - nicht nur in der Koalition im Abgeordnetenhaus, sondern auch in der Reinickendorfer Kommunalpolitik.

100 Ausgaben Information und Meinung, Anregung und Kritik aus Sicht der Linken in Reinickendorf. Hervorzuheben ist, dass immer wieder auch Artikel oder Interviews von Mitgliedern anderer Parteien oder gesellschaftlicher Institutionen erschienen, sozusagen auch abweichende Meinungen von der Politik der Linken eine Plattform finden können. Dies ist ein gutes Signal der Meinungsvielfalt.

In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch zur Hundertsten, weiterhin lesenswerte Artikel, konstruktive Begleitung der Kommunalpolitik und eine gute Zusammenarbeit!

Ihr / Euer Andreas Höhne

(Mitglied des GKV der SPD Reinickendorf)



Einhundert Ausgaben „WiR in Reinickendorf“ sind einhundert Blicke von Links hinter die Kulissen und auf das Leben in einem Stadtbezirk, der es Linken nicht immer einfach macht. Einhundert Ausgaben stehen auch für einhundert Debatten und Auseinandersetzungen von Linken, die es sich nicht immer einfach machen. Und es sind einhundert Zeugnisse darüber, wie die LINKEN sich einmischen in Reinickendorf und sagen: „WiR“ und Reinickendorf - das gehört zusammen.

So soll es weitergehen. Noch mindestens weitere einhundert Ausgaben lang. Dafür wünsche ich allen Beteiligten Neugier, Ausdauer und stets eine Prise Inspiration.

Dr. Klaus Lederer, MdA,

Landesvorsitzender DIE LINKE. Berlin

Dem Blatt „Wir in Reinickendorf“ meinen Glückwunsch zur Hundertsten!

Ich freue mich über jede neue Ausgabe, weil sie mich über wichtige Ereignisse im Bezirk, in der Stadt und über die Meinung der Linken dazu informiert.

Weiter so! Es grüßt

Lilo Joseph, VVN-BdA Reinickendorf

Fahnen raus! Nicht jeder erreicht die 100! Für uns ist „Wir in Reinickendorf“ immer ein Lichtblick, dass hier in unserem Heimatbezirk der Antifaschismus lebt.

Freunde, weiter so!

Fritz Kuske, VVN-BdA Reinickendorf

„WiR“ freut sich über die Glückwünsche, dankt herzlich und verspricht zumindest eine nächste Ausgabe.

„Mayors for Peace“ - or not

Zur Debatte in der Mai-Sitzung der Reinickendorfer BVV

BVV-Splitter

41. Sitzung, 12.5.2009

Reinickendorfs Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU) hätte am 12. Mai in der BVV aus dem Schatten seiner Vorgängerin treten und politisches Profil zeigen können. Die Einwohnerfrage von Beate Orth bot ihm die Chance. Er nutzte sie nicht. Leider.

Herr Balzer verkündete, das Bezirksamt (*korrekter wäre wohl die CDU-Mehrheit*) sei „aus grundsätzlichen Überlegungen“ (*oops!*) gegen den Beitritt zur Konferenz der Bürgermeister für den Frieden.

Auf die Nachfrage, wie so es nicht zu den Aufgaben des Bürgermeisters gehöre, dazu beizutragen, dass die Reinickendorfer in einer Welt ohne Atomwaffen

leben können, antwortete Balzer, das Bezirksamt sei eine Verwaltungseinheit, keine politische Bezirksregierung. Bürgermeister und BVV täten gut daran, sich auf ihre originären Aufgaben zu konzentrieren.

Gut, der Schuster will bei seinem Leisten bleiben, aber was ist der Leisten? Als Herr Balzer 2009 sein Amt antrat, gab er das Motto aus „*Einsicht, Durchsicht, Sicherheit*“. Sicherheit für die Menschen im Bezirk. Meint er denn wirklich nur das Vorgehen gegen illegale Müllentsorgung und dunkle Ecken. Zum „Sich-Wohlfühlen“ - was Herr Balzer anstrebt - gehören ebenso soziale und politische Aspekte, demokratische Mitsprache, Menschenwürde, das Recht auf ein Leben in Frieden und Freiheit... und zwar in einer Welt ohne Atomwaffen.

Was darf ein Bezirksbürgermeister? Vier Berliner Bürgermeister hatten keine rechtlichen Bedenken. Es stimmt: Der Bezirk kann nicht alles. Aber ein Bürgermeister kann öffentlich Zeichen setzen. Ich finde, auch ein CDU-Bürgermeister vergibt sich nichts, wenn er sagte: „Hier stehe ich!“ Warum so mutlos, Herr Balzer?

Klaus Gloede

Beate Orth, Mitglied der LINKEN Reinickendorf, wirbt mit ihrer Einwohnerfrage dafür, dass unser Bürgermeister der Weltkonferenz der „**Mayors for Peace**“ beitreten möge (s. Beitrag links). Herr Schultze-Berndt (CDU) rät, „auf Symbolismus“ zu verzichten und weiter „konkrete Politik für die Menschen zu machen“. Politik lebe auch von Symbolen, entgegnete Frau Petters (B90/Grüne). Herr Brockhausen (SPD) spricht sich für einen Beitritt aus. Aber Herr Balzer lässt sich nicht überzeugen.

Die BVV stimmt absatzweise dem Antrag der CDU „**Nivellierung des Straßenausbaubeitragsgesetzes**“ (*Drs.-Nr. 1150/XVIII*) mit Mehrheit zu. SPD und B90 wollen „die Katze nicht im Sack kaufen“ und lehnen die von der CDU vorgeschlagene undifferenzierte „Deckelung“ der Beiträge „nach oben“ ab.

Ebenso mit Mehrheit wird der CDU-Antrag „**Die Umweltzone darf ehrenamtliches Engagement nicht unterbinden**“ (*Drs.-Nr.: 1145/XVIII*) angenommen. Herr Droske (CDU) findet sich gut, wenn er wie schon so oft gegen „das bürokratische Ungetüm“ wüten kann. Herr Vetter (FDP) hat bei sich einen *faible* für die Umwelt entdeckt und will eine „reine Symbolpolitik“ nicht mitmachen. B90/Grüne und SPD würdigen das ehrenamtliche Engagement, wollen jedoch nicht, dass die Umweltzone durch Sondergenehmigungen weiter durchlöchert wird.

Einstimmig bestätigt die BVV die „**Übertragung der Einrichtung für wohnungslose alleinstehende Personen in der Kopenhagener Straße 29 an den freien Träger 'Verein für Berliner Stadtmission'**“ (*Drs.-Nr.: 1142/XVIII*). Die Bedingungen dafür sind in den zuständigen Ausschüssen ausführlich diskutiert und in einem ergänzenden Antrag (*Drs.-Nr.: 1170/XVIII*) festgehalten worden, der keine Zustimmung der Bündnisgrünen erhält. Frau Petters hat noch einmal genau nachgelesen und entdeckt, dass der Bezirk nicht wie erhofft an den Verkaufserlösen beteiligt werde.

Der Tatsache, dass aus Zeitgründen nicht alle TOPs abgearbeitet werden können, fällt auch die Empfehlung des Haushaltsausschusses zu einem SPD-Antrag zum **65. Jahrestag des Kriegsendes** zum Opfer. Und der war bekanntlich schon vier Tage vorher. **Friedrich Wilhelm**

unsere
zukunft
atomwaffenfrei



Dokumentiert

Die Einwohnerfrage von Beate Orth

Die Vision von Barack Obama für eine für Welt ohne Atomwaffen, die auch von der Bundesregierung aufgegriffen worden ist, hat sicher vielen Menschen so wie mir Mut gemacht.

Mit dem gleichen Ziel arbeitet seit 1982 die Weltkonferenz der Mayors for Peace. Ich habe dieser Tage gelesen, dass bisher 354 deutsche Bürgermeister, unter ih-

nen die von Berlin, Hamburg, München, aber auch die von Spandau, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg der Organisation beigetreten sind. Ich fände es gut, wenn auch unser Bürgermeister einen solchen Schritt im Namen der Bürger Reinickendorfs tun würde.

Wie denken das Bezirksamt und die Fraktionen darüber?

„Mayors for Peace“

Anfang Juni 2010 waren 3 965 Bürgermeister in 143 Ländern Mitglieder der 1982 gegründeten Konferenz der Bürgermeister für den Frieden. Als Vorsitzender der Konferenz wandte sich der Bürgermeister von Hiroshima, Tadatashi Akiba, jüngst an seine Amtskolleginnen und -kollegen:

„Helfen Sie uns, damit Sie, die Bürger Ihrer Stadt oder Gemeinde und die Kinder der Welt nie mehr der Gefahr von Kriegen, besonders der Gefahr eines Nuklearkrieges ausgesetzt sind. Wir möchten Sie hiermit um den Beitritt Ihrer Stadt oder Gemeinde zur Konferenz der Bürgermeister für den Frieden bitten.“

Dazugelernt

Wenn einer neugierig ist, findet er manchmal auch für ihn Überraschendes. So geschehen dem CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Reinickendorfer BVV, Herrn Schultze-Berndt, als er auf der Homepage der Reinickendorfer LINKEN stöberte. Wie er der erstaunten Zuhörerschaft jüngst in der BVVoffenbarte, fand er doch dabei heraus, dass sich die LINKE im Bezirk „auch mit Kommunalpolitik“ beschäftigt. Hört, hört.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist man im Bezirksvorstand der LINKEN sehr froh, dass nunmehr auch der letzte Reinickendorfer diese Tatsache zur Kenntnis genommen hat. **R. Fuchs**

Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/

Mehr Infos zu den „Mayors for Peace“ unter:

www.mayorsforpeace.org

Gemeinschaftswerk „Wir in Reinickendorf“

Geblättert in linken „Annalen“ hat Klaus Gloede

Das Ritual hat Hans Schuster mit gebracht. Nach der „Manöverkritik“ über die „letzte“ Ausgabe folgt unweigerlich die Frage „Machen wir noch eine?“ Die Antwort war immer sehr eindeutig - 100 sind 's inzwischen geworden.

Die Erste

„Wir in Reinickendorf“ erschien erstmals anlässlich der Eröffnung des „Roten Ladens“ im September 2000 als Beilage der Landeszeitung der PDS Berlin („LAZ“). „In gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen“ wurden die 1.000 Exemplare eingelegt, gefaltet und eingetütet.

Als die „LAZ“ 2002 eingestellt wurde, entschied der Bezirksvorstand: „Wir machen weiter!“ - mit neuem Lay-out von Oktober 2002 an, voll in eigener Regie ab Januar 2003.

Von Anfang an

Wie die Partei war „WiR“ von hier, in Reinickendorf zu Hause, ein Blatt nicht für die eigenen Leute, sondern für die Menschen im Fuchsbezirk - lebendig, offen, alternativ und links. Den Anspruch haben wir noch heute.

Fuchsgalerie

Der Fuchs gehört zu „WiR“, entdeckt erstmals in der Wahlausgabe 2001. Unsere Leser konnten sich von 2002 bis 2008 57mal an den vortrefflichen Fuchs-Gestalten von Klaus Stuttmann erfreuen.



Natürlich hat es sein Nachfolger schwer: Seit März 2009 blickt Yusuf Dogan dem Fuchslein gekonnt auf den Mund und ins Gesicht.

Wir von „WiR“

Jürgen Schimrock ist seit 2002 dabei, schon lange Jahre unser Chefredakteur und Layouter. Er hat sich die Kunst des Zeitungsmachens von

Ausgabe zu Ausgabe angeeignet, schimpft, wenn die Technik nicht funktioniert, aber resigniert nicht. Er plant voraus, aber meistens machen wir es dann doch anders.

Der einzige gelernte Journalist unter uns ist Hans Schuster. Was eine Zeitung braucht: Er hat den Blick dafür, was geht und was nicht. Gesundheitlich geht es ihm leider nicht so, dass er sich an der alltäglichen Redaktionsarbeit wie bisher beteiligen könnte. Wir möchten aber auch weiter auf seinen Rat und seine Kritik nicht verzichten.

Sehr froh sind wir über die Mitarbeit von Werner Wüste in unserer Zeitung. Dem früheren Dokumentarfilmer verdanken wir eindrucksvolle Porträts von Menschen, die in Reinickendorf gelebt haben und uns bis heute nicht gleichgültig sein dürfen.

Fotos machen inzwischen mehrere, Marion Lubina vorweg.

Mit Lutz Dühr und Regine Friedrich streiten wir uns über die neuen Rechtschreibregeln und Kommas. Manchmal (aber nur manchmal) übersehen auch sie Fehler.

Woher unsere Themen kommen

Die „große“ Politik in Bund und Land regt uns an - und oft auf. Unsere Autoren und Gesprächspartner - ob Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau oder Prof. Barbara John, ob Parteichefin Gesine Löttsch oder Superintendentin Hornschuh-Böhm, ob SPD-Stadtrat Andreas Höhne oder MdB Stefan Liebich, ob Senatoren, Landesvorstände oder Abgeordnete, es sind viele in zehn Jahren - vermittelten ihre Sicht auf die Dinge.

Und unsere Leser gewannen, hoffen wir, die Einsicht: Es gibt immer Alternativen, nicht nur von links.

Immer im Blick waren und sind auch die Reinickendorfer politischen „Eigengewächse“. Was sich in der BVV tut, kommentiert „WiR“ von der ersten Ausgabe an.

Der Kampf um Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit, das Engagement von Bürgerinitiativen, Bildungsreform und Integration, Rechtsextremismus, Klimawandel und die Nachnutzung von TXL sind ständige Themen. Und natürlich Wahlen und neuerdings Volksentscheide. An Stoff für die Glossen „Am Rande“ mangelt's, dank Steffel & Co., sicher auch zukünftig nicht. Nicht schlecht:



Im Abgeordnetenhaus wurden wir zitiert. Nur Leserbriefe hätten wir gern ein paar mehr.

Woher das Geld kommt

Anfangs 2 000, zuletzt 3 000, in Wahlkampfzeiten auch 5 000 Exemplare zu drucken, kostet Geld.

„WiR“ wird ausschließlich von Mitgliedern und Sympathisanten finanziert. Anzeigen lehnen wir in Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz ab.

Wer druckt und wer verteilt

Es steht nicht im Impressum: Gedruckt wird „WiR“ in der „Druckerei Bunter Hund“, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin, Tel.: 4413737, www.druckerei-bunterhund.de.

Vereinbart und in Jahren eingespielt: Lutz schickt die Datei mittwochs an die Druckerei und holt die Zeitungen am Freitag ab.

Nun müssen sie „nur“ noch verteilt werden. Rolf Mauersberger und Wolfgang Klinke tragen die Hauptlast. Danke! Wer will, findet die neueste Ausgabe gleich auf unserer homepage. Mail-Empfänger erhalten sie sofort, andere per Post. Oder am Infostand. Selten bleiben Exemplare liegen. Schade, aber bestimmt gut fürs Blättern in fünf Jahren.

NS. Und dann gibt es den Autor dieses Rückblicks, den spiritus rector unseres Blattes. Er kennt den Bezirk inzwischen sehr genau und viele Persönlichkeiten.

Er ist jemand mit vielen Ideen (meist mehr als auf vier Seiten Platz ist). Ihm macht die Zeitungsarbeit viel Spaß. Wir jedenfalls merken das.

Jürgen Schimrock

Alle Ausgaben von „WiR“, alle „Füchse“ und vieles mehr unter: www.die-linke-reinickendorf.de/wir

„Damit der Mensch lang lebt ...“

Lidice: Gedenken muss gepflegt werden von Werner Wüste

Die Fakten sollten wohl bekannt sein. Sind sie es?

September 1941. SS-Obergruppenführer Heydrich wird Chef der Sicherheitspolizei in der von Deutschland okkupierten Tschechoslowakei. Bereits nach kurzer Zeit hat er tausende Verhaftungen und Hinrichtungen zu verantworten. Ohne Gerichtsverhandlungen. Morde. Ende Mai 1942 wird auf Heydrich ein Attentat verübt. Er stirbt an den Folgen.

10. Juni 1942. An dem Dorf Lidice wird sein Tod „vergolten“. In der „amtlichen“ Bekanntmachung der Nazis ist zu lesen: „... sind die männlichen Erwachsenen¹⁾ erschossen, die Frauen in ein Konzentrationslager überführt und die Kinder einer geeigneten Erziehung zugeführt worden. Die Gebäude des Ortes sind dem Erdboden gleichgemacht und der Name der Gemeinde ist ausgelöscht worden.“

net. Mit Tausenden Rosenstöcken aus aller Welt.

Schon 1942 nannten sich weltweit zahlreiche Ortschaften um, in Brasilien und Mexiko, in den USA und in Peru, Venezuela, Kuba und Israel. Dass nie vergessen werde, was dieser Name bedeutet.

Reinickendorfer Arbeitskreis Lidice

In Reinickendorf ist Lidice in lebendiger Erinnerung; dank Ernst Froebel, der aus der Tradition der Sozialdemokratie und des antifaschistischen Widerstands kam, der den „Arbeitskreis Lidice“ gründete und die ersten Kontakte zu dem neu errichteten Ort knüpfte; dank auch Helmut Walz und Andreas Raue, die heute die Tradition des Arbeitskreises fortführen; dank des Engagements so mancher Lehrer.

Ernst Froebel und Gleichgesinnte pflanzten 1994 im „Park des Friedens“ die ersten 50 Rosenstöcke. Ein Jahr danach war er der Initiator für das Rosenbeet von Lidice im Rathauspark Reinickendorf, das seitdem von Schülern der Berta-von-Suttner-Schule und der Gustav-Freytag-Schule regelmäßig gepflegt wird. Er erhielt das Bundesverdienstkreuz und wurde Ehrenbürger von Lidice.

Die Rose als Symbol des Gedenkens

2008 fand eine der Schülerinnen dieses schöne Bild: „Anders als ein Denkmal aus Stein ist die Rose eine lebendige Pflanze, die gepflegt werden muss, ebenso wie das Gedenken an Lidice und seine Einwohner.“

Wehrmachtssoldaten waren zu Kindermördern geworden. Der bedeutende tschechische Lyriker Vitezslav Nezval mag auch an diese Kinder gedacht haben, als er sein großes Poem schrieb: „Ich sing´ den Frieden“. Die Anfangsverse kann ich noch aus dem Gedächtnis zitieren:

*„Damit der Mensch lang lebt,
dass froh der Hirt den Krug
voll Milch genieße,
den Fischen nicht der Fluss ausfließe
in meinem Dorf und anderswo,
sing ich den Frieden.
Damit das Bild am Nagel hält,
den Rembrandt selbst
noch eingeschlagen ...“*



Die Tränen kommen ihnen von alleine...

WiR sprach mit **Helmut Walz** und **Andreas Raue** über ihr Engagement im Arbeitskreis Lidice.

Stichworte: Wie erreicht man die jungen Leute? Und was erreicht man bei ihnen? Und wie nachhaltig? Und wie ist das mit der Routine? Zuge-spitzt: Alle Jahre wieder ein paar Rosen und eine Rede, die niemandem weh tut? Weit zurück das Jahr 1942, weit weg der Ort Lidice?

Gefährliche Routine

„Ja, Routine ist eine ständige Gefahr, die sehen wir auch. Und die ist tödlich...“ Aber dann erzählen sie. Angefangen hätten sie mit zwei Kleinbussen, die sie selbst fahren konnten, bald aber wuchsen die Teilnehmerzahlen, und im Laufe der Jahre wurden es schließlich mehr als 300, die mit ihnen in Lidice waren. Lehrer seien ihre Verbündeten. Und die Zeitzeuge.

Mila Kalibova zum Beispiel, die zweitjüngste der nach Ravensbrück Verschleppten, sie spricht gut deutsch und ohne Pathos, mit ihr sind wir gut befreundet, sie ist ein Schatz, diese Frau, „sie drückt nicht auf die Tränenrösen“, die Tränen kämen den Schülern von alleine, sie ist immer wieder dabei mit ihren inzwischen über 80 Jahren, sie beeindruckt die Schüler sehr...

Ideensuche und Erfolge

Man muss beharrlich nach neuen Ideen suchen, Rezepte gibt es nicht; das ist das einzige Rezept. Aber die jungen Leute wachsen ja nach, es sind immer wieder neue. Zumindest haben wir erreicht, dass mehr als 300 Jugendliche sich mit dem Rechtsradikalismus auseinandersetzen. Da stellt sich doch ein Erfolgsgefühl ein, der Sache wegen...

Seltsamerweise haben wir über denkbare Parallelitäten nicht gesprochen. Diese Fragen seien hier nachgereicht: Was hatte denn die Wehrmacht in der Tschechoslowakei zu suchen, was in Polen, in der Sowjetunion? Was treibt heute die Bundeswehr nach und in Afghanistan?

Wir sind uns einig: Gedenktage sollen Aufforderung zum (Nach)Denken sein. Klarheit über die Ursachen von Untaten zu finden ist lebenswichtig!

Denn erst wenn diese erkannt sind, ihr Wiederentstehen dauerhaft verhindert wird, ist der Sinn solcher Gedenktage erfüllt.

Das Gespräch führte Werner Wüste.

1) Männliche Erwachsene sind nach Naziregel Jungen über 15

Inscript am Rosenbeet für Lidice im Rathauspark: „Deutsche, Ihr sollt es wissen, Entsetzen, Scham und Reue ist das Erste, was not tut.“
Thomas Mann



Alles richtig? Oder falsch? Richtig ist, dass der Tod Heydrichs von der tschechoslowakischen Exilregierung in London beschlossen war. Das ist der Fakt. Kein Attentat also, sondern Hinrichtung.

Was heißt „vergolten“?

Und „vergolten“? Das soll nach korrektem Entgelt klingen. Die Hinrichtung eines Massenmörders mit Massenmord bezahlt?

Und die Kinder? Von den 105 Kindern von Lidice starben 82 in Chelumno; sie wurden in präparierten LKW durch Abgase erstickt. Sechs starben in einer Säuglingsanstalt. „...einer geeigneten Erziehung zugeführt“. Nur 17 kehrten nach Hause zurück.

Und der Name der Gemeinde? Der war nicht auszulöschen. Im Sommer 1947 wurde unweit des niedergebrannten Ortes der Grundstein für die ersten Häuser des neuen Lidice gelegt. Und im Juni 1955 wurde hier ein „Park des Friedens und der Freundschaft“ eröff-

Mehr Infos:
www.arbeitskreis-lidice.de
und
www.lidice-memorial.cz

Fotos:
Klaus Gloede

Foto Mitte:
Helmut Walz
und
Andreas Raue
im Gespräch

DIE LINKE

Offenheit und Transparenz im Bundestag...



Oskar Lafontaine

„Sozial geht nur mit uns“

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE stellen sich vor

Gesine Lötzsich



Jg. 1961 in Berlin; verheiratet, zwei Kinder, Diplom-Lehrerin für Deutsch und Englisch, Dr. phil., Vorsitzende des Bezirksverbandes der LINKEN Lichtenberg, 1991 bis 2002 Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, seit 2002 Mitglied des Bundestages

Klaus Ernst



Jg. 1954, Elektromechaniker, Diplom-Volkswirt und Diplom-Sozialökonom, seit 1995 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt, Gründungsmitglied und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Vereins und der Partei Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit WASG

Gesine Lötzsich:

„Wer bezahlt die Zeche? Von unserer Partei wird in den nächsten Wochen und Monaten viel erwartet. Die Menschen erwarten zu Recht von uns, dass wir ihre Interessen gegen die Bundesregierung und gegen die Banken durchsetzen.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass wieder die Spekulanten ungeschoren aus der Finanzkrise entlassen werden, wie wir es schon 2008 erlebt haben. Wir werden immer wieder die Frage stellen: Wer bezahlt die Zeche? Und wir müssen verhindern, dass die Arbeitnehmer, die Rentner, die Arbeitslosen, die Studenten - also das Volk - die Zeche bezahlen. Das ist unsere Aufgabe in dieser Gesellschaft.“

Klaus Ernst:

„Unsere Partei ist kein Selbstzweck – eine Partei ist nie Selbstzweck. Und unser Zweck ist es, die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, vor die Profiteure, die bei uns die Hand in unseren Geldbörsen haben.

Weil sich der Kapitalismus nicht mit erkämpftem sozialen Fortschritt abfinden kann, gibt es für uns auch keinen Grund, uns je mit diesem Kapitalismus abzufinden.

Und weil der Kapitalismus nie seinen Frieden mit den Menschen machen wird, dürfen auch wir nie unseren Frieden mit diesem Kapitalismus machen. Das ist die Lehre, die ich für mich daraus gezogen habe.“

Für einen Politikwechsel –
DIE LINKE stärken

Für eine solidarische
Krankenversicherung

Wir brauchen einen grundsätzlichen Politikwechsel in der Gesundheitspolitik: Schon unter Rot-Grün begann der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Die Praxisgebühr ist die erste Kopfpauschale. Gesundheit wurde zur Ware. Dagegen kämpfen wir – als Partei, in den Gewerkschaften, in allen sozialen Zusammenhängen. DIE LINKE sagt: Gesundheitsversorgung muss Grundrecht für alle sein, nicht nur für Reiche. Alle Bürgerinnen und Bürger wollen eine gute Gesundheitsversorgung. Wir wollen eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung mehrheitsfähig machen.

Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE in Rostock am 15. und 16. Mai 2010

Für Frieden und
Wiederaufbau in Afghanistan

DIE LINKE hat Vorschläge für Frieden und Gerechtigkeit in Afghanistan. Wir haben gute Argumente gegen den Krieg und gegen die deutsche Beteiligung an diesem Krieg.

DIE LINKE hat den Opfern des Krieges ein Gesicht und Namen gegeben. Jeder Tag, den dieser Krieg dauert, kostet Menschen Leben und Gesundheit.

Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt - die Bundeswehr muss aus Afghanistan abgezogen werden, damit der Frieden eine Chance hat.

Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE in Rostock am 15. und 16. Mai 2010

Alle Infos über
DIE LINKE im
Internet unter:
www.die-linke.de

6

Jetzt reden wir!

Misshandlungen, Demütigungen und Missbrauch - Ehemalige Heimkinder melden sich zu Wort

2009 wurde die Vereinigung der Heimkinder Deutschland e.V. von dem ehemaligen Heimkind Margarete Böttcher und ihrem Ehemann Ralph-Alfred Böttcher, von Freunden, Mitstreitern sowie weiteren betroffenen Heimkindern gegründet. *WiR* sprach mit dem Reinickendorfer Ehepaar.

Margarete und Alfredo, Mitte April hat die erste öffentlichkeitswirksame Demo ehemaliger Heimkinder in Deutschland stattgefunden. Welche Anliegen hat Euer Verein?

Wir stehen immer auf der Seite der Schwächsten - der Betroffenen, der damaligen Schutzbefohlenen. Diese waren vorwiegend in den 50er bis 70er Jahren von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt in deutschen Heimen durch das dort beschäftigte Personal betroffen.

Unser Verein und wir als Personen versuchen Sprachrohr für diejenigen zu sein, die aus unterschiedlichen individuellen Gründen selbst nicht in der Lage sind, sich öffentlich zu äußern. Sie sind innerlich zerbrochen, behindert, können oder wollen nicht über ihre erschütternden Schicksale reden. Sie sind traumatisiert. Viele sind verstorben.

Wir wollen öffentliche Aufklärung und dass die Täterinnen und Täter oder deren Rechtsnachfolger zu dem stehen, was sie den Kindern und Jugendlichen im Rahmen von staatlicher oder konfessioneller Heimträgerschaft angetan haben.

Welche Forderungen habt Ihr an die Gesellschaft und die Politik?

Wir setzen uns für schonungslose Aufklärung der Taten ein. Wir fordern Entschädigungen, Wiedergutmachungen und Schmerzensgelder. Und wir fordern die Aufhebung oder Verlängerung der Verjährungsfristen für sexualisierte Gewalt, bzw. die juristische Anerkennung der Misshandlungen in Heimen als Unrecht in einem Rechtsstaat, als Menschenrechts-

Politik



verletzungen. Diese verjähren nicht, weil hier die Ewigkeitsklausel greift.

Viele Betroffene haben, auch aus finanziellen Gründen, keine Möglichkeit, sich zu äußern, werden nicht erreicht oder unterstützt. Wir fordern einen Soforthilfefonds, um daraus Aufrufe, Therapien, Reha-Maßnahmen und Anlaufstellen für Betroffene zu finanzieren. Es gibt bundesweit ca. 700 000 bis 800 000 Betroffene, manche sagen eine Million.

Im April hat sich ein „Runder Tisch“ konstituiert, der sich mit Misshandlungen und Missbrauch, der sexualisierten Gewalt an Kindern und Jugendlichen in kirchlichen und öffentlichen Erziehungsanstalten befasst. Was kritisiert Ihr daran?

Es sitzen bei 24 Teilnehmern leider nur drei direkt Betroffene mit am Tisch, ein fatales und u. E. kalkulierbares Missverhältnis. Dieser „Runde Tisch“ macht deutlich, dass es auch in dieser Frage eine Zwei- oder Dreiklassen-Behandlung der geschädigten Menschen gibt. Den großen Aufschrei in der Gesellschaft gab es erst mit bekannt werden der Vorfälle im Canisius-Internat im Januar und Februar 2010, als es um Kinder der Eliten ging. Geplant sind zum nächsten Tagungstermin am 15./16. Juni eine Mahnwache, später eine Großdemonstration in Berlin.

Ihr sprecht von „Schwarzer Pädagogik“, was ist damit gemeint?

Gemeint sind in erster Linie „Züchtigungen“ zu „Erziehungszwecken“. Diese „Erziehungsmethoden“ waren zu jener Zeit gesellschaftlich leider weitgehend akzeptiert, das änderte sich erst im Zuge der 68er-Bewegung. Sie betrafen den körperlichen, geistigen und sexuellen Bereich, alles Private, Intime. Sexuelle Übergriffe, psychischer Druck und Gewalt an Schutzbefohlenen waren an der Tagessordnung. Zum Teil waren diese verbunden mit drastischen Strafen, Besen- und Dunkelkammerarrest, Sprechverboten und Arbeitszwang. In

konfessionellen Einrichtungen war Zwangsmissionierung weit verbreitet.

Es fehlte oft an pädagogischer Ausbildung. Wenn pädagogische Maßnahmen der Profitlogik unterworfen sind, von materiellem und finanziellem Input abhängen, hat dies Auswirkung auf Betreuung und Erziehung. Wenn mit Heimpflegeeinrichtungen Geld gemacht werden kann, bleiben die Schutzbefohlenen auf der Strecke.

Margarete, Du warst und bist betroffen. Welche Folgen für dein Leben haben die Heimaufenthalte gehabt?

Ich war 16 Jahre lang in verschiedenen katholischen Kinderheimen und hatte schon als Jugendliche Suizidgedanken. Bis heute habe ich posttraumatische Belastungsstörungen und bin in Behandlung.

Es tut mir gut, dass dieses Thema endlich öffentlich wird, dass ich und andere Betroffene nicht mehr ganz sprachlos sind. Seit vielen Jahren versuche ich Akteneinsicht zu erreichen, aber erst seit drei, vier Jahren geht es tatsächlich langsam in Richtung Aufarbeitung.

Wie läuft es heute in den Heimen?

Man kann es sicher nicht mehr vergleichen. Aber, und dies zeigt z. B. ein Gespräch mit Peter (Name geändert), der in den 90er Jahren in Reinickendorf Heimerziehung erlebt hat: Die Qualität in den Einrichtungen hängt wesentlich davon ab, wie sie finanziell ausgestattet werden, von politischen Entscheidungen.

Er berichtet von Misshandlungen, mangelnder Betreuung, emotionalem Druck, zu wenig Förderung. Nicht zuletzt auf Grund fehlenden oder überforderten Personals.

An dieser Stelle muss sich unsere Gesellschaft fragen lassen, was wir bereit sind, aus vermeintlichen Sparzwängen heraus, unseren Kindern und Enkeln anzutun.

Margarete und Alfredo, ich wünsche Euch viel Erfolg und danke für das Gespräch.

Das Interview führte Jürgen Schimrock.



Mehr Infos unter:
www.vereinigung-heimkinder-deutschland.de

Schulen für Menschenbildung

Der Bildungsreformer: **Wilhelm von Humboldt**

Anlässlich des 200-jährigen Bestehens der Berliner Universität begehrt Reinickendorf das Humboldtjahr als Beitrag zum Wissenschaftsjahr 2010.

Alexander und Wilhelm von Humboldt, beide im Schloss Tegel geboren und aufgewachsen, haben sich als herausragende Persönlichkeiten, Wissenschaftler, Humanisten und Weltbürger weltweit anerkannte Namen gemacht. Während Alexander eher als Universalgenie galt, war Wilhelm auf dem Gebiet der Bildungs- und Sprachwissenschaft tätig.

Nach Humboldt ist Bildung „die Anregung aller Kräfte des Menschen, damit diese sich über die Aneignung der Welt entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität und Persönlichkeit führen“. Es geht also um die Formung des Menschen im Hinblick auf sein individuelles Menschsein. Eine Persönlichkeit soll „sich bilden“, soll „gebildet sein“.

Entfaltung von Menschlichkeit

Wilhelm v. Humboldt trat für eine Schulbildung ein, die jedem Kind die Chance zur Entfaltung seiner Menschlichkeit bieten soll. „Bildung für alle“ sollte die Voraussetzung für die Erziehung von mündigen und freien Bürgern schaffen, die individuelle Denkfähigkeit anregen und fördern. Daher sollte es für ihn nach der Elementarschule für alle

Kinder nur eine weiterführende Schulform geben, das Gymnasium.

Allgemeinbildung, verstanden als Anleitung zum Lernen lernen, als Verallgemeinerung von Erlerntem und dem Erkennen von Zusammenhängen, erzeugt den notwendigen Respekt vor der Natur und den Mitmenschen, fördert soziales Denken und Verhalten.

Ziel der Humboldt'schen Bildung war die Ausbildung aller Fähigkeiten jedes Menschen. Effizienz- und Wertungskriterien standen nicht im Vordergrund. Im Gegensatz zur Zielrichtung „moderner“ Schul- und Bildungspolitik, die zielgerichtet auf nachprüfbarere Ergebnisse orientiert. Schulbildung heute wird dagegen fast nur noch als Ausbildung im Hinblick auf eine berufliche Perspektive verstanden.

Die Einflussnahme politischer, religiöser oder wirtschaftlicher Interessen auf die wissenschaftlichen Inhalte wollte Humboldt verhindern.

Schulsystem selektiert noch immer

Learning by doing, lebenslanges und solidarisches Lernen – dafür standen und stehen die Humboldts mit ihrem Namen. Bildungsziele, die heute in der Schule immer weniger gefragt sind, nicht gefördert werden. Stattdessen selektiert das von CDU und FDP immer noch ideologisch verteidigte dreigliedrige Schulsystem



tem in Deutschland nach sozialer Herkunft. Dringend notwendige Investitionen in die Bildung unserer Kinder werden wegen angeblich fehlender Mittel immer wieder zurückgestellt.

Lernt Reinickendorf von Humboldt?

Die Reinickendorfer Schulstadträtin Schultze-Berndt macht dem Bezirk in der Broschüre zum Humboldtjahr die „ganzheitliche Bildung“ zu eigen. Gemeinsames Lernen aller Kinder in einer von der LINKEN geförderten Gemeinschaftsschule lehnt sie aber aus ideologischen Gründen ab. Dabei ist möglichst langes, sozial übergreifendes mit- und voneinander Lernen die Humboldt'sche Empfehlung. Mündige Bürger müssen „allgemein“ gebildet sein, wenn sich das demokratische Gemeinwesen weiter entwickeln soll.

Wissenschaft war für Wilhelm von Humboldt, aber auch für Alexander, die Suche nach der Wahrheit. Bildung bedeutet nicht Ausbildung, sondern Menschenbildung. Ein Maßstab, der noch immer seinesgleichen sucht.

Jürgen Schimrock

„Denken und Wissen sollten immer gleichen Schritt halten. Das Wissen bleibt sonst tot und unfruchtbar.“

„Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Frucht derselben zu genießen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“

„Diejenige Regierung ist die beste, die sich überflüssig macht.“

Wilhelm von Humboldt (1767 - 1835)

Cité Pasteur - Vorläufige Entwarnung?

„... Aus heutiger Sicht hat die Wohnsiedlung auch im Falle einer etwaigen gewerblichen Nachnutzung Bestandsschutz, und zwar auch dann, wenn die Fläche im Flächennutzungsplan als gewerbliche Fläche ausgewiesen werden sollte. Die Bundesanstalt (für Immobilienaufgaben, Red.) beteiligt sich an den Planungen, die den Bestand der Siedlung im Rahmen von Konzepten des Wohnens und Arbeitens vorsehen...“

Die Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage von Stefan Liebich, für die LINKE Berlin im Bundestag, bringt für die Anwohner der Cité Pasteur vorerst ein wenig Planungssicherheit: Bestandsschutz für die Wohnsiedlung. Der Wermutstropfen: „Aus heutiger Sicht“.

Also vorerst Positives. Das ist mehr, als von vielen Anwohnern der Siedlung während einer Einwohn-

nerversammlung befürchtet wurde. Der Einladung der Reinickendorfer LINKEN waren am 23. April zahlreiche Interessierte gefolgt.

Abrissängste, Klagen über fehlende Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten wurden geäußert. DIE LINKE vermittelte Mieterberatung, informierte über den Stand der Nachnutzungsdebatte zu TXL, versprach bei den zuständigen Stellen nachzufragen. Das ist geschehen.

Allerdings wird die Behauptung, dass die BImA ihren vertraglichen Verpflichtungen zu Instandhaltung und Instandsetzung nachkomme, von einigen Betroffenen sicher anders bewertet werden. Dies gilt sicher auch für die Rechtfertigung der zum 1. April vollzogenen Mieterhöhungen, die den „gesetzlichen Vorgaben“ entsprechen sollen.

DIE LINKE bleibt am Ball. J.S.

TXL - und wie weiter?

Die erste Phase der öffentlichen Beteiligung an der **Änderung des Flächennutzungsplans** für das Flughafenareal hat am **7. Juni** begonnen. Die Pläne sind für **einen Monat** am Köllnischen Park 3 ausgelegt. Jeder kann **Vorschläge einreichen**.

Aufgrund der **„außergewöhnlichen stadtpolitischen Bedeutung“** hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die **Planungshoheit** für Tegel an sich gezogen. Reinickendorf darf **beratend mitwirken**. Ein behördenübergreifender Steuerungskreis soll nun die **Entwicklung des Areals koordinieren**.

Die **LINKE Reinickendorf** befürwortet, in das Nachnutzungskonzept für TXL die Einrichtung eines technologischen **Forschungszentrums für Elektromobilität im Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin** aufzunehmen. J.S.

Am 16. Juni um 18 Uhr findet die 4. Standortkonferenz „Forschungs- und Industriepark TXL“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Nachnutzung des Flughafens Tegel statt.
Veranstaltungsort: Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 10117 Berlin

Mehr Infos unter: www.die-linke-reinickendorf.de/txl

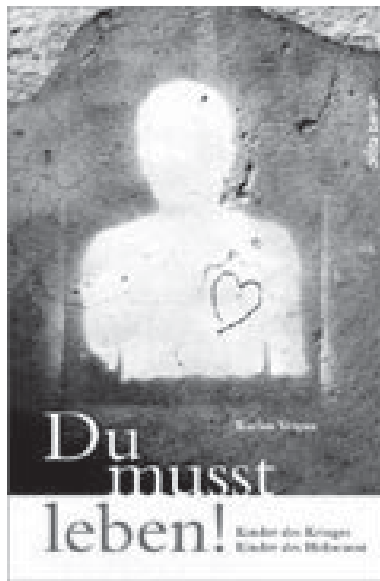
„Du musst leben!“

Kinder des Krieges. Kinder des Holocaust

In der 23. Runde der „Tegeler Dialoge“ - einer Veranstaltungsreihe der „Hellen Panke“ - war **Karlen Vesper-Gräske** am 27. Mai zu Gast im „Roten Laden“.

Die Redakteurin für Geschichte und politisches Buch der Zeitung „Neues Deutschland“ stellte ihr neues Buch vor: **„Du musst leben! Kinder des Krieges. Kinder des Holocaust“**, soeben erschienen im Karl Dietz Verlag Berlin. Darin erzählen Nachkommen von antifaschistischen Widerstandskämpfern und Zeitzeugen in 19 Interviews über die Biographie ihrer Eltern und ihre eigenen Lebensgeschichten.

Zwei von ihnen hatte die Autorin mitgebracht: Adam König, der die Hölle faschistischer Vernichtungslager überlebte, und Inge Lammel, die 1939 mit einem Transport jüdischer Kinder nach England dem Holocaust entkam. Beide engagierten sich in den vergangenen Jahren unermüdlich dafür, dass den nachfolgenden Generationen das Gedächtnis über die schlimme Zeit der Hitler-Barbarei nicht abhanden kommt.



Dennoch bleiben 65 Jahre nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus mit Blick auf die Gegenwart die Worte des amerikanischen Literaturnobelpreisträgers William Faulkner aktuell:

„Die Vergangenheit ist nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen.“

Klaus Gloede

Frohnau wird hundert Jahre alt



Foto:
Klaus Gloede

Impressum

Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

**Wir in
Reinickendorf**
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00,
Kontonummer:
4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-
reinickendorf.de

Am Rande Beratungsresistent

Die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke sei als „Brückentechnologie“ für die mittelfristige Sicherstellung der Energieversorgung in Deutschland unabdingbar. So tönt es aus den Konzernzentralen der vier Energiemonopolisten RWE, E.on, Vattenfall und EnBW, lauthals unterstützt von Lobbyisten und den politischen Sprachrohren aus FDP, CDU und CSU im Bundestag. Medienberichte stützen das inszenierte Bild vom Energiekollaps.

Schwarz-Gelb agiert auch auf diesem politischen Schauplatz gegen die erklärte Mehrheit der Menschen in diesem Land. Es passt ins Bild, wenn der seit 1972 die Bundesregierung beratende Sachverständigenrat für Umweltfragen sein (vorläufiges) Sondergutachten vor dem Umweltausschuss des Bundestages am 5. Mai, wie folgt überschreibt: „100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050: klimaverträglich, sicher, bezahlbar“. Und die Öfentlichkeit? Erfährt davon nichts.

Ein merkelhaft kalkulierter Skandal. Denn die Ergebnisse des Gutachtens sind für Schwarz-Gelb und ihre Atomlobby Nackenschläge: „Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien steht bereits.“ Konventionelle Kraftwerke seien auf Dauer nicht mit erneuerbarer Stromerzeugung vereinbar. Ein Nebeneinander mache das System ineffizient und teuer. „Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen für den Umbau des Energiesystems stellen.“ Deutlicher geht's nicht.

Nun muss sich unsere Demokratie erweisen. Das Gutachten wird im Herbst veröffentlicht, und es darf gewettet werden, ob es der Atomlobby noch vorher gelingt, ein Gesetz zur Laufzeitverlängerung im Bundestag durchzudrücken.

Zu schade, dass man ihnen den Atom Müll nicht einfach vor die Haustüren legen kann... **F. Reinecke**

Termine

Am 2. Juli, ab 18 Uhr **Offene Mitgliederversammlung** der LINKEN Reinickendorf im Roten Laden.

Thema: **Euro-Krise - Europa in der Krise**, Referent: **Andreas Wehr**, Mitarbeiter der Linksfraktion im Europaparlament.